

Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Die Haltung der Parteien.

Von
Erich Dombrowski.

Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mittelparteien scheint nun noch Zeit zu haben. Soll gleichzeitig hat Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei und vom Zentrum dem Reichstag seinen Gedanken in die Debatte geworfen, als die beiden sozialistischen Parteien, allen Göttern der Vergangenheit verzeihend, sich gemeinsam an einen Tisch setzen. Zunächst begegnete dieser Wink einem allgemeinen Juristenspruch. Niemand traute sich recht mit der Sprache heraus und mochte diesen schlüpfrigen Boden zu betreten. Dann aber, nach den ersten Stunden der Lehrschau, gewann diese Idee mehr und mehr Terrain. Im Jahre ausgedehnt, da die Parteien zusammengetreten sind, um endgültige Beschlüsse zu fassen, ist das Werk im Werden. Welche Form die Arbeitsgemeinschaft annehmen wird, wann man noch nicht sagen kann, ist eine Möglichkeit muß von vornherein ausgeschaltet werden. Es wird sich eher um eine Kampfbündnis oder Arbeiterorganisation gegen die Sozialdemokratie handeln. Davon darf man nicht ablassen und unter keinen Umständen die Rede sein. In der gegenwärtigen äußeren und innerpolitischen Situation zeigen wir uns den wichtigsten Dingen nicht, eine unüberwindliche Mauer zwischen Sozialdemokratie und Zentrum aufzubauen. Das wäre der erste Schritt zur Flucht Germania. Was nutzt, ist nicht Spaltung, nicht Trennung, sondern Zusammenfassung aller Elemente, die voraussetzungslos und eifrig auf republikanischer Grundlage am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten wollen. Von diesem Gesichtspunkte ist das Problem der Arbeitsgemeinschaft zu betrachten. Es handelt sich darum, nach all den verschiedenen Experimenten, endlich zu stabilen parlamentarischen Verhältnissen zu kommen, die einem System großer Parteien zu kommen, das allen eine klare Innen- und Außenpolitik auf lange Sicht ermöglicht.

Die Umwertung: Das von der Rechten so heftig befürchtete parlamentarische System beginnt allmählich die ersten Früchte zu zeigen. Im alten Regime hat die Sozialdemokratie fast fünfzig Jahre in unfruchtbarer Opposition gegen den Staat gestanden, weil ein halbautoritärer Monarchismus es nicht verstanden hat, die Kräfte der Arbeiterkraft mit zur politischen Verantwortung heranzuziehen und sie organisch in den Staatsorganismus einzufügen. Im republikanischen Reich hat es noch nicht vier Jahre gedauert, und auf der einen Seite die sozialistische Bewegung, die ursprünglich die dem parlamentarischen Staat näher zu bringen, so daß sie jetzt bereit sind, selbst in die Regierung einzutreten, und vor Monaten (speziell sozialer und wirtschaftlicher) Erklärungen, die Mittelwertung für das kommende zu fragen. Auf der rechten Seite die Sozialdemokratie. Die Deutsche Volkspartei ist die einzige Organisation von der monarchistischen Idee und von dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Und jetzt? Nach drei Jahren hat sie nach und nach eingesehen, daß sie damit nicht weiter kommt, daß es für einen Politiker auf die Dauer unmöglich und unerträglich ist, an harten Dingen einer überlebenden Bewegung festzuhalten, wenn das künftige Leben längst darüber hinweggegangen ist. Die Deutsche Volkspartei ist willens, den in Hand brüderlich mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, wie sie es heute schon in Straußen und in anderen Ländern tut, und hat sich in diesen Tagen kategorisch, durch ihre höchsten Parteiführer, erklären lassen, daß Wiederaufbau Deutschlands auf unüberlebender Zeit nur auf republikanischer Grundlage möglich sei.

Was bedeutet eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte, nachdem einseitig die republikanische Basis festgelegt ist? Eine Erörterung oder eine Friedfertigung der Situation. Eine Erörterung vielleicht für den ersten Augenblick, da nach vielen Parteien und Beteiligungen in vielen Kreisen zu übernehmen ist. Eine Friedfertigung, wenn sich die ersten praktischen Folgerungen dieser neuen parlamentarischen Gruppierung ergeben werden. Wir gehen an dieses Stadium völlig unvoreingenommen heran. Nicht mit Entschlossenheit, aber auch nicht mit dogmatischer Bindung. Es handelt sich um einen Versuch. Um nicht weiter. Es ist eine Idee auf Sandboden, oder, eine Weisung ohne handelsmäßige Entzögerung und frische Erzeugung. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte muß einen festen Charakter zu äußerlichen Rechten ziehen, von der Monarchismus, des Chauvinismus, die Rassistropen und Gewaltpolitik zu Hause sind. Mit den Sozialdemokraten und den ihnen alliierten Sozialistischen Parteien darf es kein Bistehen, kein Koexistieren, kein Gruppieren geben. Die Deutsche Volkspartei muß sich entscheiden, auch die letzten Mittel aus ihrer Wohnung zu nehmen, die sich bisher in dem gemeinsamen Gange der Rechten befanden. Doch links muß die Arbeitsgemeinschaft jede Verhängung und jeden Ausblick mit dem beiden sozialistischen Parteien (sogar und auch mit dem Zentrum) auf eine Weisheit der ganzen breiten Mitte hin orientieren. Denn darüber darf sie sich nicht im Inneren streiten, daß auch sie trotz der Zusammenfassung von drei Parteien doch einen Widerstreit des Parlamentarismus darstellt. Kommt die Arbeitsgemeinschaft zustande, so darf sie nur lose sein und nur gewissermaßen eine Clearing- oder Ausgleichsorganisation innerhalb der drei Fraktionen ermöglichen. Die Ausschüsse dürfen nicht feststehen. Innerpolitisch eine ganz große parlamentarische Mehrheit, die nicht nur die Arbeiterkräfte, sondern auch die Christenheit umschließt, wenn man das Wortorium, die internationale Antike und die Sachleistungen praktisch und erfolgreich durchführen will. Allerdings verstehen wir nicht, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft sich für immer in sich selbst, zunächst physisch, die Sozialdemokratischen Kräfte werden des neue partei Geistes mit nicht geringen Mitteln beschaffen. Das geht schon aus den ersten Kommentaren ihrer Presse hervor. Und so mehr wie auf-

gabe der demokratischen Partei und des Zentrums sein, die gegen republikanischen Richtungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft aufzugeschrieben und aufgestellt zu betonen. Auch in demokratischen Kreisen, namentlich in der Jugend, werden sich Stimmen der Kritik melden. Sie durch eine klare, klare und eindeutige Politik, auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft, zu entwickeln, wird Bestreben der demokratischen Fraktion sein müssen. Man wird Konsisten nicht ohne weiteres an dem Wege gehen dürfen, bis um das Schöne zu tun. Man wird sie nicht ändern, aber man wird, was es darauf ankommt, nicht schuldlos nachgeben dürfen. Diese Probe wird zweifellos über kurz oder lang bestanden werden müssen. Denn wird der Moment kommen, wo der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei, die Unruh und Genuß, vor die Entscheidung gedrängt werden, ob sie nicht lieber außerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft ein Feld für ihre Bestätigung suchen wollen. Wir behalten uns jedenfalls vor, schärfste Kritik an allen den Personen und den Vorgängen zu üben, die aus dieser Arbeitsgemeinschaft so etwas wie einen kommenden Bürgerblock, einen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, und die auf diesem Wege verfahren wollen, die deutsche Politik von ihren republikanisch-demokratischen Richtlinien abzubringen und nach rechts zu ziehen. In dem Augenblicke, wo wir das wahrnehmen müßten, würden wir zum schärfsten Kampf gegen eine Verwässerung des demokratisch-republikanischen Gedankens übergehen. Die Deutsche Volkspartei hat alle Veranlassung, gerade auf ihre Unabhängigkeit im Lande einzugehen, damit dieser Zeitpunkt nicht bereits morgen oder übermorgen eintritt. Im preussischen Landtag hat sie, abgesehen von den anderen Parteien, die Schlüsselrolle für die Republik zum großen Teil zusammen mit den Unabhängigen gemacht. Das ist ein verhängnisvoller Anfang. Wir wünschen und hoffen, daß sich die Verhältnisse im Reichstag ähnlich entwickeln werden. Wo nicht, müssen die Demokraten es sein, die das Schicksal dieser Dinge bestimmen und die zur Ausübung hinter sich aufziehen.

Die heutigen Besprechungen.

Die Frage einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte war heute vormittag Gegenstand eingehender Fraktionsberatungen. Der Reichspräsident hatte bereits am Sonnabend, bald nach der Rückkehr aus Freudenstadt, die Parteiführer einzeln zu Besprechungen geladen. Von der demokratischen Fraktion erschienen Dr. Dietrich und Koch bei ihm, während die Deutsche Volkspartei später durch Dr. Stresemann vertreten war. Dietrich hatte ursprünglich die Ansicht gehabt, auf die Parteien einzuzutreten, es alles beim alten zu lassen. Doch setzte die Sozialdemokratie diesen Irrsinnigen entgegen und bestand wie bisher auf Einsetzung der Unabhängigen in die Regierung und in die Regierung. Insofern war Sonnabend die Situation sehr kritisch. Es schien nur nach der Lösung der Reichstagsauflösung zu bleiben. Der Reichspräsident aber ließ in seinen Ausblicksreden nicht nach und machte den Vorschlag, gegebenenfalls einen unabhängigen sozialistischen Staatsvertreter in die Reichsregierung zu berufen. Aber sowohl das Zentrum wie auch die Demokraten verhielten sich hierzu von vorn herein eigenem Standpunkt. Das eine einseitige Erweiterung der Regierung nach links nicht in Betracht kommen dürfte.

Am Sonntagabend hat der Führer des Zentrums, Dr. Marx, die Vertreter der Demokratie und der Deutschen Volkspartei zu sich und erörterte mit ihnen die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte. Er war der Ansicht, daß man bald am besten die Angelegenheit der Reichstagsauflösung lassen sollte, weil doch immerhin Teile von ihr mit dem monarchistischen Gedanken spielen. Dieser Vorschlag wurde sowohl von den Demokraten wie auch von den Volksparteiern gestützt. Dr. Stresemann betonte in seinen weiteren Besprechungen, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft keinen Widerspruch gegen die Sozialdemokratie darstellen dürfte. Im Gegenteil müßte er in enger Anlehnung an die Sozialdemokratische fruchtbar parlamentarische Arbeit zu leisten versuchen.

Es schlug eine große Unabhängigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft vor und regte an, darin auch gleich gewisse Aufgaben der nächsten Zukunft einzugewöhnen. Alle Parteien der Mitte waren sich darin einig, daß von einer Verflechtung oder auch nur von dem ersten Schritt einer Fusion auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft keine Rede sein dürfe. Es könnte sich lediglich darum handeln, innerhalb der Reichstagsfraktionen gewisse Verhandlungsmöglichkeiten durch eine unmittelbare Aussprache der Arbeitsgemeinschaft zu schaffen und so die gesamte parlamentarische Arbeit zu erleichtern. Umgekehrt könnte man auch die Arbeitsgebiete gliedern, einen kulturellen, einen wirtschaftlichen und einen politischen Austausch bilden und bei untergeordneten Fragen gemeinsame Redner bestellen, um der Wiederkehr ein Ende zu machen. Alle diese Dinge sind aber noch in der Schwärze, da definitive Beschlüsse der Fraktionen noch nicht gefasst sind. Weislich werden die Fraktionen auch erst das Zentrum der oberen Parteiführungen einholen, ehe sie sich die Hände binden. Unter diesen Umständen würde die ganze Sache verlagert und erst beim Wiederauftritt des Reichstages, also um die Mitte des Oktober, auf zu werden. Wenn wider Erwarten infolge der Auflösung der Sozialdemokratie es doch zur Auflösung des Reichstages kommen sollte, so kann man hier ausdrücklich betont sei, von einer Wahlkampfgemeinschaft der bürgerlichen Mitte nicht die Rede sein. Wenigstens die demokratische Partei hat allen Anlaß, sich in diesem Falle getrennt von den anderen in die Wahlkämpfe zu begeben.

Am die Mittagsstunde trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer eingehenden Sitzung zusammen. Von ihrem Ergebnis wird viel abhängen.

(Siehe auch Seite 2.)

T. W. Die Engländer erkennen immer mehr, daß aus unferem Rückfall in die Ziele ein allgemeiner Vergaß aufzusehen kamte, und Lloyd George legt seine in Genie begabenen Bemühungen, das Herrn Poincaré klarzumachen, dringlicher fort. Da Poincaré die europäischen Probleme abdoletarisch wie einen einfachen Erbschaftsfall behandelt und nur die Richtigformel „Was zum letzten Centre“ den klaren nationalen Interessen nicht abzu hoch. Was nötig ist, die Erwartungen am besten nicht abzu hoch. Was nötig ist, um die wirtschaftliche Verjüngung Deutschlands einzubringen, in der die politischen Geiseln um herrlich gegeben, ist längst bekannt. Ohne eine lange Erholungsperiode, ohne ausreichende Anleihen und ohne gründliche Verminderung der Belastungskosten geht es nicht, und mit billiger hygienischen Wasserchen vor uns niemals und ist uns heute weniger als je gebietet. Natürlich muß alle nötige Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, daß Herr Poincaré verumlicht verstanden wird, als Gegenmaß für einen Zahlungsaufschub den Aufschub der Belastungskosten zu erlangen. Die Geister der logenartigen Erfüllungspolitik, die man besser Räumungspolitik genannt hätte, haben an diesen Punkt offenbar nicht genügend gedacht. Jeder kann niemand mit Bestimmtheit versichern, daß der politische Haß, die Verachtung, die Mißachtung und die verurteilende Kritik, die Frankreich sofort aufzuheben würden, wenn es gelang, durch Erleichterung der Kassen und Gehung der Mark die schlimmste Not zu bannen und die wirtschaftlichen Grundlagen wieder herzustellen. Aber Demagogie und Verbrechen auf der einen, auftrumpfende Majorität auf der anderen Seite machen sich doch nur in einem Sinne, wo alle Herzen durch die wirtschaftliche Hungersnot und die abgehende Sorge jerrüttet sind, zu Katastrophen aus. Durch den Versailler Frieden, durch unablässige Brutalitäten und durch ihre ganze blinde Majorität haben die Alliierten die innere Verwundung Deutschlands vergrößert und es den Regierungen des neuen Europas schwer oder unmöglich gemacht, jene volle Autorität zu gewinnen, die sich nach einer Werdung der Staatsform nur aus Erfolgen ergeben kann. Einzig hat politische Klugheit das Gegenteil getan.

Die bereits veröffentlichten Dokumente des Auswärtigen Amtes, die man in Paris aufmerksam studieren sollte, zeigen wie sich Bismarck gegenüber der französischen Republik und ihren Regierungen verhielt. Während die Poincaré und Genossen die stärksten Verbündeten unserer extremen Rechten sind, wie unsere extremen Rechtspolitiker die besten Verbündeten und Helfer des Herrn Poincaré, war Bismarck sofort nach dem Frieden 1870 auf die Konsolidierung der neuen Verhältnisse in Frankreich bedacht. Genie, er handelte dabei auch in dem trigen Glauben, ein republikanisches Frankreich werde weniger bündnisfähig als ein monarchisches sein. Aber er tauchte sich keineswegs darüber, daß gerade die Entmündung des republikanisch-demokratischen Staatswesens, des stolzen Selbständigkeitsgefühl, zu einer Kräftigung Frankreichs führen würde, und wenn er trotzdem, und trotz aller Abneigung des alten Kaisers, die Republik planvoll begünstigte, so tat er es, weil er mit Recht ein selbsterleuchtetes, nicht mehr die Staatsform kampfendes Land lieber als ein zerrissenes, ewig aufgeschütteltes, ewig mit Hebererregungen behaftetes in nächster Nachbarschaft sah. Die Franzosen konnten einwenden, gerade aus den Dokumenten geht hervor, daß er genau und scharf auf Beziehung der fünf Kriegsmilitärdienste hielt. Aber ganz abgesehen davon, daß ihnen bei der Räumung des republikanischen Frankreichs manche Augenblicke gemahnt wurden, wollen sie nicht zugeben, auf diese fünf Milliarden zu erinnern, denn an der Witzigkeit der fünf, nach einem kurzen Kriege leicht tragbaren Summe gemessen, erscheint die Unterstützung Deutschlands noch ungeheurer, und überdies mußten die französischen Beschäftigten selber zu geben, daß die Bismarckpolitik sehr gering war, aber entsetzliche Steuererhöhung geoffenbar Widerstand begabte, und schließlich das Ausland, besonders auch Deutschland, dem durch seinen ruinierenden Friedensvertrag um seinen Kredit gebracht Frankreich die nötigen Kapitalien ließ. Als dieses Geschäft erledigt war und Montecitorio, dem für seine schonende, rücksichtslosige Tätigkeit sogar Mac Mahon dankte, die Aufgabe der Okkupation beendet hatte, unterließ Bismarck konsequent und entließ die Regierung des Herrn Thiers. „Jede andere Regierung“, schrieb er schon am 4. Juni 1871 an den General-Lieutenant von Forster, „welche in unerschütterlicher Weise sich der Gewalt bemächtigt, würde möglicherweise ihr Ziel darin suchen, auf Kosten der mit uns geschlossenen Verträge Populärkeit zu erwerben und uns dadurch zur Erneuerung des Krieges drängen.“ Am 26. August bezeichnete er dem Geschäftsträger Graf Waldersee die Konsolidierung des Herrn Thiers' als sein Ziel, am 3. Dezember 1872 schrieb er dem Kaiser, er halte es „für indiziert, daß Guez Majestät jede Vermehrung der Schwereigkeiten des Herrn Thiers fortgaltig verpöht“, und man weiß, nicht erst aus diesen Dokumenten, wie er den Reichshofherrn Harry Krimm, der mit dem Republikaner Thiers intrigierte, bis auf die Antikagand trieb. Er konnte seinen Thiers genau, um dem lange wider Herr Guez geschrieben hatte: „Der Krieg ist die Freude meines Herzens“, aber er sah in Thiers' jetzt vor allem den Mann, der aus dem bedrohlichen Chaos ein Staatsgebilde zu schaffen verstand. Als Thiers gestürzt war, machte Bismarck auch der Regierung Mac Mahon es erklärlich, daß er die Antikagand trieb. Er gegen den Willen von Poincaré die Rechte für die Wiedervereinigung mit Elsaß-Lothringen angeordnet hatte, war nur eine Begleiterscheinung des Kulturkampfes und richtete sich nicht gegen Frankreich, sondern gegen das „berühmte Priestertum“. Er tadelte Thiers, der dem Herzog von Broglie nahe gelegt hatte, den Reichstag auf Elsaß-Lothringen auszufragen, nicht, weil er eine solche Form nicht angeht, sondern die Enttarnung einer Großmacht vertrauen, „die mit Gebietsverlust aus einem Kriege hervorgegangen ist“. In einem Briefe an den deutschen Reichshofherrn in Petersburg sagte er: „Es ist unfer lebhaftester Wunsch, in demselben — dem mächtigen Nachbarstaat — in Frieden zu leben, und wir werden kein Mittel unversucht lassen, um die französische Regierung für

die große Anspannung zu gewinnen. Wilhelm I ging ob-

den er die Republikaner gar nicht liebte, in dieser Politik

Man kann Poincaré wahrhaftig nicht mit Bismarck ver-

Fractionskämpfe der Sozialisten.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß gegen drei Stimmen,

Der demokratische Fraktion beschloß nahezu einstimmig, den

Poincarés Feldzug gegen das Moratorium.

In Erwartung des Berichts der Garantief Kommission.

Deutschland muß ins Unrecht gesetzt werden.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Der Kampf gegen das Moratorium, den vorgestern der

beistimmungsfähig zur zweimächtigen Erledigung parlamen-

Neue heftige Reden Poincarés gegen Deutschland.

Das Haftdenkmal von Jomberry.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Poincaré hat am Sonntag drei Reden gehalten, in Jomberry

Zahlungsausschuß für Deutschland von der Mehrheit der Kom-

Die Unmöglichkeit weiterer Zahlungen.

Das Wiesbadener Abkommen am 20. Juli in Kraft?

Die deutsche Regierung hat in Rom, Paris, London und

Wie wir hören, hat die Reparationskommission

wird diese Gebenfeier es wieder ins Gedächtnis zurückrufen: Gegen

So sprach gestern Poincaré. Was er über den Tod des Unter-

Eine neue falschliche Gewalttat in Italien.

Stürmische Sitzung der Deputiertenkammer.

Telegramm unseres Korrespondenten.

In Cremona wurde das Haus des katholisch-sozialistischen Ab-

